

(Nr. 97.) Ständische Schrift über den mittels des Königl. Dekrets Nr. 8 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes behufs Abänderung der revidierten Gefindeordnung für das Königreich Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1898.

Präsident: Desgleichen.

(Nr. 98.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über das Königl. Dekret Nr. 12, einen Gesetzentwurf wegen der vorläufigen Erhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1906 betr.

Präsident: Der Protokollextrakt mit der unter Nr. 99 mitzuteilenden Ständischen Schrift liegen ebenfalls in der Kanzlei aus.

(Nr. 99.) Ständische Schrift auf dieses Dekret.

(Nr. 100.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über die Petition des Adolph Brinizer in Zittau und Genossen um Einführung völliger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Präsident: An die Beschwerdedeputation abzugeben.

(Nr. 101.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über die Petition der Wirtschafterin Juliane Bertha Schäfer in Plauen i. V. um Rechtsschutz für ihren Dienstherrn, dem Bauunternehmer und Brunnenbauer Christian Friedrich Fickenwirth, früher in Lengensfeld i. V.

Präsident: Desgleichen.

(Nr. 102.) Desgleichen über die für unzulässig erklärte Beschwerde des pensionierten Eisenbahnbureauassistenten Paul Hermann Meerstein in Dresden, unklaren Inhalts.

Präsident: Ebenfalls an die Beschwerdedeputation abzugeben.

Der Herr Abg. Donath hat gebeten, wegen Erkrankung ihm Urlaub bis auf weiteres zu erteilen. Gewährt die Kammer diesen Urlaub? — Einstimmig.

Wir treten in die Tagesordnung ein, welche die Fortsetzung derjenigen bildet, die wir in den beiden letzten Tagen bereits verhandelt haben.

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort dem Herrn Kultusminister.

Staatsminister Dr. von Seydewitz: Meine Herren! Eine größere Zahl der Herren Redner, die sich an der Allgemeinen Etatberatung beteiligt haben, haben in ihren Ausführungen auch Wünsche zum Ausdruck gebracht, die das Ressort des Kultusministeriums betreffen. Ich bitte um die Erlaubnis, hierzu einige Bemerkungen machen zu dürfen, damit nicht aus einem völligen Stillschweigen meinerseits irriige Schlüsse gezogen werden können. Ich werde mich aber kurz fassen, zumal ich die Empfindung habe, daß ein Teil dieser Ausführungen doch mit der Allgemeinen Etatberatung, die uns zurzeit beschäftigt, in einem nur lockeren Zusammenhange steht. Ich werde bei meinen Ausführungen nach der chronologischen Reihenfolge der Herren Redner gehen.

Zunächst hat sich der Herr Vizepräsident Opitz mit der unsererseits vorgeschlagenen Verbesserung der finanziellen Lage der evangelischen Geistlichen beschäftigt, und es sind ihm beigetreten die Herren Abgg. Andrä und Dr. Seezen. Da die drei Herren der unsererseits beantragten Mehrforderung gern zugestimmt haben, so habe ich dazu nichts zu bemerken. Ich möchte aber doch noch folgendes hinzufügen. Wenn Herr Vizepräsident Opitz eine nähere Erläuterung dieses Postulats vermißt hat, so möchte ich ihm mitteilen, daß das Ministerium vor mindestens 8 Tagen eine dazugehörige ziemlich ausführliche schriftliche Erläuterung an die Finanzdeputation A des hohen Hauses abgegeben hat. Ich möchte also dem Herrn Vizepräsidenten anheimgeben, dort von dem Inhalte dieser Eingabe Einsicht zu nehmen.

Herr Abg. Dr. Seezen hat sich, wenn ich ihn recht verstanden habe, für die Zusammenlegung der Pfarrdotationen, also für die Abschaffung oder doch wesentliche Verminderung der sog. Pfründen ausgesprochen. Meine Herren! Wir haben uns mit dieser Frage eingehend beschäftigt, sind aber doch nach wie vor der Überzeugung, daß gegen diese Maßregel die stärksten verfassungsrechtlichen Bedenken sprechen, wenn ich auch auf der anderen Seite nach wie vor zugebe, daß die Durchführung einer solchen Maßregel viele Vorteile nach verschiedenen Seiten hin bieten würde. Wir sind dahin gelangt, den Vorschlag zu machen, daß die in erster Linie verpflichteten Kirchengemeinden Staatsbeihilfen erhalten sollen, weil die berufenen Organe der Kirche diesen Modus gewünscht haben und weil insoweit der bisher betretene Weg sich in der Praxis gut bewährt hat. Wenn Herr Abg. Dr. Seezen eine Heranziehung kirchlicher Mittel bei der ganzen Angelegenheit angeregt hat, so werden wir hiervon dem Landeskonsistorium zur weiteren Erwägung Mitteilung machen.

Es hat dann weiter Herr Abg. Schied eine Verteilung der Dezernate für das höhere Schulwesen im Unterrichtsministerium nach den einzelnen Disziplinen beantragt, die die Lehrer vertreten. Ich würde an sich wohl keine Veranlassung nehmen, auf diese Anregung hier näher einzugehen, wenn es mir nicht erwünscht sein würde, bei diesem Anlasse eine andere Sache klar zu stellen. Meine Herren! Es wird vielen von Ihnen bekannt sein, daß am 1. Oktober d. J. der bisherige Referent für das höhere Schulwesen in Sachsen nach einer treuen, langjährigen und außerordentlich ersprießlichen Wirksamkeit in den wohlverdienten Ruhestand getreten und ein anderer an seine Stelle berufen worden ist. Ich habe mich aus diesem Anlasse sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, ob in Zukunft nicht diese eine